

Interview mit Frau Baghajati, Medienreferentin der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

Frage 1: Es gibt einige Staaten und Regimes, die in Europa als typisch für DEN islamischen Staat gesehen werden – zum Beispiel der Iran oder das inzwischen gestürzte Taliban-Regime in Afghanistan (das oft als „Steinzeit-Islam“ bezeichnet wurde). Ist diese Sichtweise gerechtfertigt?

Frau Baghajati: Es ist generell ein großes Problem, dass die nötige differenzierte Betrachtungsweise schon daran scheitert, dass der Islam und damit eingeschlossen die Muslime vor allem vor dem Hintergrund dessen betrachtet werden, was durch die Medien bekannt ist – meistens Informationen zu Krisenschauplätzen und Missständen.

Dabei möchte ich bemerken, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich sich primär als österreichische Institution versteht, die von daher spezifisch auf die hiesige Situation eingeht und hier primär ihre Aufgabenfelder sieht. Mitunter ist es wichtig zu betonen, dass man im Sinne eines umfassenderen Bildes und als Beitrag zu mehr allgemeinem Wissen darüber hinaus Stellung bezieht, aber nicht in einen „Rechtfertigungsdruck“ hineingeraten möchte – denn oft sind Dinge nicht zu rechtfertigen.

Bereits lange vor dem 11. September stieß die Vorgehensweise der Taliban unter Muslimen auf Kritik. In Österreich wurde die Glaubensgemeinschaft in Bezug auf die Situation der Frauen aktiv und wandte sich in einer Aussendung gegen die Zerstörung der Buddhastatuen. Geht es um den Iran, stehen Geschichten wie „Nicht ohne meine Tochter“ oft als einzige „Information“ über Land und Leute. Dass dort selbstbewusste Frauen im Parlament sitzen und eine Vizepräsidentin gewählt wurde, weiß kaum jemand. In der Medienwelt gilt meistens „bad news is good news“ – über Positives wie zivilgesellschaftliche Modelle, z.B. Fraueninitiativen oder die für viele Länder funktionierende dringend benötigte Grundsicherung durch die Zakat (sozial-religiöse jährliche Pflichtabgabe von 2,5 % des stehenden Vermögens für Bedürftige) erfährt man in der Regel nichts. Natürlich muss Kritik immer zumutbar sein, insbesondere in den Menschenrechtsfragen, aber Sachlichkeit ist ebenfalls gefragt.

Mit dem Begriff des „Islamischen Staates“ sollte man sehr vorsichtig umgehen. Wo gäbe es ein bestehendes voll funktionierendes heutiges Modell? Wer hierzulande weiß schon, welche Eigenschaften einen islamischen Staat ausmachen sollten? Die Systeme der islamischen Welt sind von ihren Regierungen her häufig alles andere als islamisch, sondern aus den verschiedensten Interessen heraus geduldete Regime, oft mit Tendenzen der Diktatur.

Für die muslimische Welt ist die eingeschränkte Sichtweise, die Angstbilder zu bestätigen scheint und diese weiter fördert, auch darum so problematisch weil sie das Verhältnis von Muslimen zu Menschen anderen Glaubens oder anderer Weltanschauung belasten können und Feindbilder aufbauen.

Frage 2: Oft heißt es, dass es für Muslime keine Trennung zwischen Staat und Religion gibt, wie das in vielen westlichen Demokratien der Fall ist. Müssen Politiker in islamischen Staaten auch Theologen sein?

Frau Baghajati: Was genau ist mit der Trennung zwischen Staat und Religion gemeint? Auch hier gibt es verschiedene Ausformungen, die gerade in Europa jeweils vor dem Hinter-

grund der eigenen Geschichte zu betrachten sind. Laizismus wie in Frankreich, der Religion an den gesellschaftspolitischen Rand drängt und zur nicht öffentlich zu machenden Privatsache erklärt, steht etwa für eine andere Situation als in Österreich. Übrigens sind auch einige Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung laizistisch ausgerichtet, was zu Konflikten in der Glaubensausübung für die eigene Bevölkerung führen kann.

Etwas anderes ist dagegen eine Trennung zwischen legislativer und theologischer Autorität. Fast nie im Lauf der islamischen Geschichte lag die weltliche Herrschaft und die geistliche Führung in Händen nur einer Person. Einzig der Prophet Muhammad während der Zeit in Medina bildet hier eine Ausnahme. Schon die beiden ersten Khalifen Abu Bakr und Omar Ibn al Khattab waren zwar politische Führer und anerkannte Geistliche zugleich, eine absolute theologische Autorität wurde ihnen von der muslimischen Gemeinschaft jedoch nicht zugebilligt. Unterschiedliche Rechtsauffassungen bildeten den Hintergrund für lebhafteste Diskussionen, was in unzähligen Berichten über „ikhtilafu as-sahaba“, Meinungsverschiedenheiten unter den Gefährten des Propheten, seinen Niederschlag gefunden hat. Dabei meldeten sich Frauen, allen voran die Tochter des Propheten Fatima, seine Gattin Aisha und viele andere nachhaltig im gesellschaftspolitischen Diskurs zu Wort. Keiner der bekanntesten Begründer von Rechtschulen, Jaafar al-Sadiq, Malik, Abu Hanifa, Asch-Schafii und Ibn Hanbal, bekleidete je ein politisches Amt.

Frage 3: *Ist eine religiöse Begründung einer Staatsverfassung nicht demokratiepolitisch bedenklich, vor allem in Hinblick auf Minderheiten? Ich möchte hier auch auf Länder wie den Sudan verweisen, in dem manche Gebiete die Schari'a eingeführt haben, manche nicht. Gibt es da noch Gleichheit vor dem Gesetz?*

Frau Baghajati: Schari'a wurde im Laufe der islamischen Geschichte nie auf Andersgläubige angewendet. Die Christen und Juden genießen eine Art Autonomie und können ihre Angelegenheiten selbst regeln. Es gibt daher nicht nur die Gleichheit vor dem Gesetz, sondern es sind Menschen anderer Religion auch von für den Islam verbindlichen Dingen ausgenommen (Beispiel Alkoholverbot).

Was den Sudan betrifft, so ist hier vor allem ein politischer Konflikt Ursache für Spannungen, auch wenn immer wieder der religiöse Zusammenhang in den Medien hochgespielt wird.

Frage 4: *Manchmal fällt es schwer, von einer islamischen Welt zu sprechen, denkt man an die Verschiedenheit von Ländern wie der Türkei, dem Iran oder Malaysia. Ist die Schari'a so unterschiedlich interpretierbar?*

Frau Baghajati: Der Islam hat einen universellen Charakter und akzeptiert die Unterschiede der Menschen zum Beispiel aufgrund geographischer, geschichtlicher aber auch kultureller Hintergründe. Diesen Pluralismus sehen wir Muslime als ein positives Zeichen und eine Bereicherung. Aber nochmals zum Schari'a-Begriff: Man kann nicht oft genug darauf verweisen, dass hiermit sehr umfassend auch die Glaubenspraxis angesprochen wird, also etwa die zentralen fünf Säulen des Islam wie Monotheismus, Gebet, Zakat, Fasten und Pilgerfahrt.

Damit liegt für die islamische Welt ein sehr starkes verbindendes Element vor, denn so wie ein muslimischer Indonesier sein Fasten hält, tut dies auch ein Muslim in Amerika.

Daneben soll die Schari'a ja auch ihr lebendiges Wesen zeigen und dynamisch betrachtet werden können, wenn es um konkrete Situationen geht. Zeit, Ort und handelnde Personen

sind mit zu berücksichtigende Faktoren bei der Ableitung eines Rechtgutachtens. Dass sich ein so vielfältiges Bild zeigt, liegt aber auch daran, dass die Verfassungen der Staaten sehr unterschiedlich mit ihrem islamischen Hintergrund umgehen und dementsprechend sehr verschiedene Gewichtungen, was die Einarbeitungen von Elementen aus der Scharia betrifft, vornehmen.

Frage 5: *Wie ist das mit muslimischen Minderheiten in Europa – können Muslime z. B. als österreichische Staatsbürger aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen, oder verbietet das das islamische Recht?*

Frau Baghajati: Die Theologie schafft einen Zugang, der in der Betonung der Verantwortung des Einzelnen innerhalb einer Gemeinschaft ein starkes Gewicht auf Partizipation legt. Der Koran hat als 42. Sure „Asch-Schura“ – „Die Beratung“ und legt damit unmissverständlich demokratische Prozesse der Entscheidungsfindung als Grundlage nieder.

Die Islamische Glaubensgemeinschaft ist sich der Verantwortung bewusst, hier aktiv zu sein und ermutigt ihre Mitglieder, positive Zeichen gesellschaftlicher Teilhabe zu setzen. Die Anerkennung der Gesetze und der Verfassung ist schon theologisch geboten und schlüssig. Der Islam ist eine seit 1912 anerkannte Religionsgesellschaft in Österreich. Auf der Basis dieses Gesetzes konnte sich 1979 die Islamische Glaubensgemeinschaft als offizielle Vertretung aller in Österreich lebenden Muslime konstituieren und bildet eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Dies schafft sehr gute Voraussetzungen für eine angestrebte Entwicklung mit folgenden Eckpunkten, die sich bereits konkret herausbilden:

- Zugehörigkeitsgefühl zu Österreich
- Überwindung des Klischeebildes vom „Gastarbeiter“, Islam als ein lebendiger Aspekt in Österreich
- Kompatibilität „Muslim/e und Europäer/in“
- Teilnahme am demokratischen Prozess

Aktive Partizipation in der Politik bis hin zur Mitwirkung in einer Partei ist bereits Realität.

Frage 6: *Viele Länder der islamischen Welt sind heute mit religiös motivierten, militanten Bewegungen konfrontiert – zum Beispiel Algerien, Ägypten oder auch die Philippinen. Das Wort „radikal-islamisch“ fällt in den Medien meist in Zusammenhang mit paramilitärischen oder terroristischen Gruppierungen. Ruft der Islam zu Gewalt oder Terror auf?*

Frau Baghajati: Es gibt im Islam nichts, was Gewalt gegen unschuldige Menschen in irgendeiner Weise rechtfertigt. Einhellig wird dies in der islamischen Welt von allen Gelehrten vertreten. Wörter wie „radikal-islamisch“, Fundamentalismus, Schari'a, Jihad werden in einer Weise verwendet, die oft vom mangelnden Wissen der Verfasser zeugt. Dass diese Begriffe so allgemein verwendet werden, heißt leider noch lange nicht, dass sie allgemein bekannt wären. „Radikal islamisch“ ist eine Umschreibung, wie sie geradezu modisch geworden ist. Einziges Kriterium dabei ist die angenommene Gewaltbereitschaft der so beschriebenen Gruppe oder Person. Für praktizierende Muslime liegt hier eine mit Sorge beobachtete Entwicklung, weil durch die mangelnde Definition, wie sie ja auch beim aus dem amerikanisch-protestantischen Bereich übertragenen Fundamentalismusbegriff nie stattgefunden hat, eine abschreckende Klassifizierung vorgenommen werden kann. Welcher Maßstab wird nun seitens der Öffentlichkeit angelegt, um radikal-islamische Tendenzen auszumachen? In verschiedenen

Medien wurden alltägliche Elemente des Glaubens schon als Indizien für Radikalität eingestuft – Abstinenz vom Alkohol etwa.

Frage 7: Was halten Sie von der These des „clash of cultures“? Stehen sich die westliche und die islamische Welt wirklich so unversöhnlich gegenüber?

Frau Baghajati: Natürlich nicht. Die besondere Herausforderung scheint auch viel mehr darin zu liegen, mit der Nähe zueinander umgehen zu lernen. Die monotheistischen Buchreligionen sind als abrahamitische Religionen eng miteinander verwandt. Wir teilen streckenweise eine gemeinsame Geschichte, die nicht immer friedlich war. Dass sich von den Kreuzzügen bis zu den sogenannten Türkenkriegen Spannungen weniger auf religiöse Konflikte, denn auf geopolitische und wirtschaftliche Interessen zurückführen lassen und der religiöse Hintergrund zur Diffamierung des Anderen erhalten musste, ist zu wenig bewusst. Die Kolonialzeit hat weitere tiefe Wunden entstehen lassen.

Gleichzeitig wird das reiche orientalische Erbe oft vergessen. Errungenschaften der Medizin, Mathematik, Astrologie und Philosophie bildeten mehr als nur eine wichtige Basis für Weiterentwicklung. Sogar in den europäischen Sprachen legen viele Wörter davon Zeugnis ab - von A wie Algebra bis Z für Zucker.

In den letzten Jahren entstehen Frustrationen in vielen islamischen Gesellschaften, weil spürbar wird, dass sich nach dem Ende des kalten Krieges mit dem Islam ein neues Feindbild abzeichnet. Dies zusammen mit der Unzufriedenheit über die Regierungen der eigenen Länder und der Tatsache, dass von Menschenrechten viel geredet wird, de facto aber mit zweierlei Maß gemessen zu werden scheint, bildet einen spannungsgeladenen Hintergrund. Dieses ohnehin schon belastete Klima wird durch das Gefühl von Ohnmacht im Angesicht des Nahostkonflikts verschärft, der als eine schier ausweglose Lage permanenten Unrechts wahrgenommen wird.

Auf diesem Boden finden Verschwörungstheoretiker genauso leicht ihr Publikum wie Analysten, die vereinfachende Darstellungen abliefern, um das Unbehagen angesichts sich immer mehr verzweigender und komplexerer Probleme zu nehmen. – Eine Tendenz, die wohl für beide Seiten gilt.

Respekt für den anderen empfinden zu können, erscheint wichtiger denn je und der ehrliche Dialog das einzige probate Mittel. Die Bereitschaft, einander gleichberechtigt zu begegnen, Standpunkte zu vergleichen und auf Gemeinsamem aufzubauen scheint weniger eine Schwierigkeit der prinzipiellen Möglichkeit zu sein wie die Frage, inwieweit der große politische Wille dazu vorhanden ist.

Immer wieder geben einzelne Initiativen aber wichtige Impulse, dass auf dem Wege des Dialogs für alle nur positive Ergebnisse erzielt werden können. In Österreich sind diese Tendenzen erfreulicherweise auch im Kleinen auf der Ebene vieler Begegnungsveranstaltungen gelebte Realität.